



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Grundlagenarbeit, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22-1155
grundlagenarbeit@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

BUNDESARBEITSKAMMER
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: GLA-2023/164/MAFL/MAFL
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Mag. Manuel Flür, M.Sc.

DW: 1153

Innsbruck, 05.09.2023

Betrifft: Bundesstraßen-Mautgesetz-Novelle

Bezug: Ihr Schreiben vom 31.08.2023
Zust. Referent: Franz GREIL

Werte Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeiterkammer Tirol bedankt sich für die Möglichkeit, zur oben angeführten Gesetzesnovelle Stellung zu nehmen.

Grundlegendes Ziel der Novelle ist es, die Bestimmungen der EU Richtlinie über die Erhebung von Gebühren bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (EU 2022/362) in nationales Recht zu überführen. Die zentralen Regelungsinhalte sind dabei unter anderem die Berücksichtigung der Kosten der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen bei der Festsetzung der fahrleistungsabhängigen Maut sowie die Einführung einer Eintagesvignette, einer fixen Preisstaffelung für unterschiedliche Vignettentypen sowie die Änderung der Regelungen über Querfinanzierungszuschläge.

Zu Beginn möchten wir festhalten, dass die Novelle für ein transitgeplagtes Land wie Tirol von großer Tragweite ist und dahingehend eigentlich einer tiefgreifenden Analyse und Einschätzung bedürfte. Aufgrund der sehr kurzen Begutachtungsfrist war dies allerdings kaum möglich. Die Arbeiterkammer Tirol wiederholt daher mit Nachdruck die bereits öfters vorgebrachte Aufforderung, die grundsätzlich vorgesehene sechswöchige Begutachtungszeit vollumfänglich zu gewährleisten.

A) Ziel: Verlagerung auf die Schiene

Grundsätzlich begrüßt die Arbeiterkammer Tirol die Möglichkeit, durch die Erhebung von CO₂-Tarifen die Mauttarife für LKWs zu erhöhen. Dadurch könnte – zumindest kurzfristig – ein verstärkter Anreiz zur Verkehrsverlagerung auf die Schiene entstehen. Die Verwendung der zusätzlichen Mittel aus der Einhebung des CO₂-Zuschlags sollte jedenfalls den Bundesländern zustehen, damit diese regionale Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigeren Verkehrspolitik setzen können. Die jeweiligen Mittel sollten für diese Zwecke gebunden werden.

Zeitgleich möchten wir jedoch darauf aufmerksam machen, dass der Anreiz zur Verlagerung des Warenverkehrs auf die Schiene auch für die Zukunft erhalten bleiben muss. Unter keinen Umständen darf es das Ergebnis der heimischen Verkehrspolitik sein, dass bedingt durch den vermehrten Einsatz von CO₂-armen Fahrzeugen (E-LKW oder Wasserstoff-LKW) der Brennerkorridor im Vergleich zum Transport auf der Schiene konkurrenzlos günstig wird und dadurch schlussendlich noch mehr Verkehr auf der Straße landet. Ziel der nationalen sowie europäischen Verkehrspolitik muss es sein, den internationalen Warengüterverkehr auf die Schiene zu bringen. Nur so können alle mit der bloßen Existenz von Verkehr verbundenen Problemlagen, unabhängig von der Antriebsquelle, reduziert werden. Denn auch CO₂-arme oder freie LKWs verursachen massiv Lärm, Staus und Luftschadstoffe (Reifenabrieb) und belasten damit die Umwelt und die Gesundheit der Menschen, die entlang dieser Verkehrswege leben.

B) Preisgestaltung der Eintagesvignette

Was die Eintagesvignette betrifft, möchten wir anmerken, dass deren Preisgestaltung besonderer Aufmerksamkeit bedarf. Momentan ist es die Situation, dass die kürzeste Geltungsdauer einer Vignette 10 Tage beträgt und für einen Preis von 9,90 Euro zu erwerben ist. Das führt dazu, dass viele Durchfahrende, trotz teilweise geltender Abfahrverbote, die Bundesstraße benützen. Einerseits sollte der finanzielle Anreiz bestehen bleiben, die Eintagesvignette zu kaufen und auf der Autobahn zu fahren. Das spricht für eine verhältnismäßig günstige Preisgestaltung.

Andererseits sollte das Prinzip gelten, dass je kürzer die Geltungsdauer der Vignette, desto relativ teurer sollte der gefahrene Kilometer sein. Der Preis der Eintagesvignette sollte daher nach Berücksichtigung der Preisgestaltung der bisher bestehenden Vignetten und Anwendung des oben genannten Prinzips im Bereich von 5,-- Euro liegen.

Wir ersuchen höflich, unsere Argumente in der Stellungnahme der Bundesarbeits-
kammer zu berücksichtigen und verbleiben

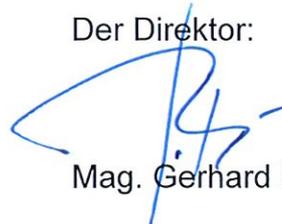
mit kollegialen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner

